



Graubünden steht zum Service public

Pierina Hassler

Die von der SVP und den Jungfreisinnigen lancierte Halbierungsinitiative ist gescheitert. Das Bündner Stimmvolk hat die Senkung der Radio- und TV-Gebühren deutlich mit knapp 64 Prozent abgelehnt.

Nicolas Pernet kann aufatmen. Kurz nach Bekanntgabe des endgültigen Resultats zeigte sich der Direktor von Radiotelevision Svizra Rumantscha (RTR) sichtlich erleichtert: «Es ist ein schöner Tag – für mich, aber vor allem für meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter», so Pernet. Für das Team sei die Zeit vor der Abstimmung, insbesondere aufgrund der anfänglichen Umfragewerte, sehr belastend gewesen. Das deutliche Verdikt des Stimmvolks übertraf dabei Pernet's Erwartungen bei Weitem: «Ich hatte mit etwa 56 Prozent Ja-Anteil gerechnet, aber sicher nicht mit dieser Klarheit. Diese Deutlichkeit freut mich ganz besonders.»

Trotz des Abstimmungssieges bleibt die finanzielle Lage angespannt. Der Spardruck bei RTR und der gesamten SRG hält an: Bis 2029 muss das Medienunternehmen rund 270 Millionen Franken einsparen – das entspricht etwa 17 Prozent des Budgets von 2024. Der gewonnene Urnengang sichert zwar die Existenz, erzwingt aber dennoch einen strikten Sparkurs.

Bereits während des Abstimmungskampfes hatte Pernet Klartext gesprochen: Es sei ihm schlicht unbegreiflich, wie die Befürworter der Halbierungsinitiative behaupten könnten, eine Budgetkürzung um die Hälfte bleibe ohne drastische Folgen. «Wer die Medienszene beobachtet, merkt zudem: Wenn das Geld knapp wird, gibt es eine Konzentration», so Pernet. Und konzentriert werde nicht bei den Minderheiten, sondern bei der Mehrheit, also eher in Zürich als in Lugano oder Chur.

Demut statt Euphorie

Zu den Siegern des Tages zählt auch der Bündner Mitte-Nationalrat Martin Candinas. Als Mitglied des überparteilichen Komitees «Nein zur zerstörerischen SRG-Initiative» war seine Erleichterung am Abstimmungssonntag unüberhörbar: «Es ist ein Freudentag! Wir konnten einen Kahlschlag abwenden», kommentierte er den Ausgang.

Trotz der Euphorie mahnte Candinas jedoch umgehend zur Demut. Die SRG habe nun keinen Grund zum Übermut; vielmehr sei jetzt Bescheidenheit angesagt. Mit Blick auf die politische Debatte der letzten Jahre zeigte er sich zudem sichtlich irritiert: Dass das Schweizer Volk innerhalb von elf Jahren bereits zum dritten Mal über die SRG-Abgaben abstimmen musste, empfindet er als Belastung – «als ob wir in der Schweiz keine anderen Herausforderungen zu meistern hätten.»

Bereits im Vorfeld hatte Candinas davor gewarnt, dass eine Annahme der Initiative die Informationsqualität massiv beschädigt und insbesondere den Randregionen geschadet hätte. Für ihn stand fest: «Die Initiative ist keine harmlose Sparmassnahme, sondern bedroht den Service public in seinem Kern und schwächt die Schweiz als Ganzes.»

Präsent in den Randregionen

Auch die Lia Rumantscha (LR) reagierte erleichtert auf das Abstimmungsergebnis. In einer Medienmitteilung unterstreicht LR-Generalsekretär Markus Solinger die Tragweite des Entscheids: «Der heutige Entscheid gegen die Initiative <200 Franken sind genug> ist für die Rätoromaninnen und Rätoromanen von besonderer Bedeutung.» Die rätoromanische Sprache sei zwin-

gend auf eine nationale mediale Präsenz angewiesen, um sichtbar zu bleiben. «Diese Präsenz ist nur mit einem starken Service public und einer regelmässigen regionalen Berichterstattung durch Radiotelevision Svizra Rumantscha möglich», so der Generalsekretär.

Die Lia Rumantscha nimmt mit der Ablehnung der Initiative die SRG SSR nun in die Pflicht: Sie müsse weiterhin in den Randregionen präsent bleiben und eine hochwertige Berichterstattung in allen vier Landessprachen garantieren. Solinger betont abschliessend: «Die Lia Rumantscha wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die sprachliche Vielfalt und die mediale Grundversorgung langfristig gesichert bleiben.»

Ungleichgewicht im Abstimmungskampf

Einer der Befürworter der Initiative war der Bündner SVP-Grossrat Jan Koch. Gegenüber TV Südostschweiz ordnete er das Ergebnis ein: «Es war ein klares Resultat. Aber es gibt auch einen klaren Auftrag: Der Gegenvorschlag des Bundesrates liegt nun auf dem Tisch.» Zur Erinnerung: Der Bundesrat lehnte die Halbierungsinitiative ab, da diese die SRG nach seiner Einschätzung zu stark geschwächt hätte. Stattdessen setzt die Landesregierung auf einen indirekten Gegenvorschlag auf Verordnungsebene. Dieser sieht vor, die Haushaltsabgabe bis im Jahr 2029 schrittweise von 335 auf 300 Franken zu senken und rund 80 Prozent der Unternehmen von der Abgabe zu befreien. Auf die Frage nach den Gründen für die Ablehnung verwies Koch auf das Ungleichgewicht im Abstimmungskampf: «Die Macht und die Mit-



tel auf der Gegenseite waren enorm.» Er forderte zudem Konsequenzen für die Zukunft: «Die SRG muss sich jetzt auf ihren Kernauftrag fokussieren.» Damit meint der SVP-Politiker insbesondere die Bereiche Information, Bildung und Kultur.

Sieben Ausreissergemeinden

Ein Blick auf die Bündner Abstimmungskarte zeigt: Nur in sieben der insgesamt 101 Gemeinden fand die Halbierungsinitiative eine Mehrheit. Neben Samnau und den Prättigauer Gemeinden Furna, Küblis und Conters

sagten auch die südbündner Gemeinden Castaneda, Lostallo und Cama Ja. Den kantonsweit höchsten Zuspruch erhielt die Vorlage in Lostallo mit 58,5 Prozent Ja-Stimmen. Die Stimmbeteiligung lag in Graubünden bei knapp 58 Prozent.



Erleichterung: RTR-Direktor Nicolas Pernet freut sich für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, dass die SRG-Initiative abgelehnt wurde.

Bild: Corinne Thöni

«Als ob wir in der Schweiz keine anderen Herausforderungen zu meistern hätten.»

Martin Candinas
Nationalrat